

SOFI: René Lehweß-Litzmann, Berthold Vogel
GWS: Anja Sonnenburg, Ines Thobe, M. Ingo Wolter
BIBB: Bennet Krebs, Tobias Maier



Arbeit für Daseinsvorsorge und Klimaschutz

Ringens um Ressourcen oder Segen sozialökologischer Synergien?

Daseinsvorsorge und Klimaschutz sind zentrale gesellschaftliche Herausforderungen der kommenden Jahre und Jahrzehnte. Doch in welchem Verhältnis stehen sie zueinander? Auf den ersten Blick zeichnet sich ein Spannungsverhältnis ab, da beide Herausforderungen enorme monetäre und personelle Ressourcen fordern werden. Mögliche Ansätze, dennoch beides zu erreichen, sind mit den Stichworten Synergien und Strukturwandel verbunden. Daseinsvorsorge und Klimaschutz müssen und können zusammen gedacht werden. Beide stehen für gleichermaßen notwendige wie wünschbare Veränderungen unseres Lebens und Wirtschaftens in den kommenden Jahren und Jahrzehnten.

Hoher Handlungsdruck und hoher Ressourcenbedarf beim Klimaschutz

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 2021 (BVerfG 2021) wird die Klimaschutzaufgabe in die Gegenwart geholt. Die CO₂-Emissionen sind bereits bis 2030, also in den kommenden 9 Jahren, um 65 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Die Energie-Verbrauchs-Sektoren Verkehr, Gebäude, Industrie, Landwirtschaft, Energiewirtschaft sowie Abfallwirtschaft und sonstiges werden gemäß der angestrebten Novellierung des Klimaschutzgesetzes (Bundesregierung 2021) deutlich stärker als zuvor ihren jeweiligen Beitrag zur Emissionsminderung leisten müssen. Dies ist ein Kraftakt, der sowohl finanziell wie auch personell erhebliche Ressourcen erfordern wird. Die jetzige Bundesregierung hat ihre Emissionsreduktionsziele im Nachgang an das benannte Urteil der Justiz novelliert. Die kommende Regierung wird, angesichts des kurzen verfügbaren Zeitraums und der vorliegenden Ressourcensituation, Maßnahmen zur Umsetzung zügig in den Blick nehmen müssen.

Aufgrund der erheblichen, pandemiebedingten finanziellen Kraftanstrengungen werden die öffentlichen Mittel langfristig knapp sein: Die Konjunktur- und Hilfsprogramme im Zuge der Covid-19 Pandemie hinterlassen einen massiven Schuldenstand. Jedoch erfordern die notwendigen Umstrukturierungen hin zu einer

CO₂-emissionsärmeren Produktionsweise industriepolitische Maßnahmen z.B. im Automobilbau und bei der Förderung neuer Energieträger, Stichwort ‚grüner‘ Wasserstoff. Die nationale Wasserstoffstrategie hat hier einen ersten Handlungsrahmen geschaffen (BMW 2020). Auch personelle Ressourcen sind aufgrund des demografisch zunehmend beschränkten Arbeitsangebots bereits seit Jahren knapp. Die absehbare ökonomische Erholung, die sich ab Herbst 2021 abzeichnet, wird angesichts einer schnell sinkenden Erwerbslosigkeit voraussichtlich zu (zumindest berufsspezifischen) Engpässen führen. Es ist absehbar, dass etwa im Bereich (öffentlicher) Infrastrukturen (Bauer et al. 2021a) angesichts bestehender Engpässe auf dem Arbeitsmarkt und zukünftiger Herausforderungen mehr Beschäftigte benötigt werden, als aus heutiger Sicht verfügbar sind (vgl. Schneemann et al. 2021).

Dienstleistungen in der Daseinsvorsorge bleiben notwendig

So unverzichtbar Klimaschutz und Klimafolgenanpassung auch sind: Es gibt weitere gesellschaftliche Ziele, für die Ressourcen eingesetzt werden müssen. Hier ist zuallererst an den Bereich der Daseinsvorsorge zu denken: Menschen sind auf Dienstleistungen aus den Branchen Erziehung, Bildung, Gesundheit, Pflege, Verwaltung und Sicherheit existentiell angewiesen. Nicht selten ist die Erbringung dieser „gesellschaftlich notwendigen Dienstleistungen“

(Lehweiß-Litzmann et al. 2020) zugleich unreduzierbar personalintensiv und kostspielig. Als Finanzier kommt daher oft letztlich nur der Staat infrage (Sonnenburg et al. 2021). Die Bedarfe an Arbeitskräften in den hier relevanten Branchen können bereits heute kaum noch gedeckt werden, so dass beispielsweise in der Pflege Arbeitskräftengpässe bestehen (Schneemann et al. 2021).

Die Covid-19-Krise hat die angespannte Personallage in allen Branchen der Daseinsvorsorge noch einmal deutlich hervorgehoben. Für einen resilienten Umgang wäre mehr Arbeitskraft nötig gewesen. Folglich wurden nach Einsetzen der Krise Gesundheitsämter personell aufgestockt oder Kliniken mit zusätzlichen Mitteln versehen. Pflegeheime konnten zur Bewältigung der zusätzlichen Aufgaben im Zuge der Covid-Test-Strategie Soldaten einsetzen, dennoch wurde die Einsatzfähigkeit der Pflegekräfte in nicht akzeptabler Weise belastet. Zudem wurde im Bildungswesen sichtbar, dass die benötigte Ausstattung zur Aufrechterhaltung des Unterrichts in der Distanz nicht bereitgestanden hat. Bestände an Masken und anderes medizinisches Material fehlten allerorts. Auch bei der Daseinsvorsorge sind in einer hoffentlich realisierbaren Post-Covid-Periode also zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen gefordert, um die bereits vor Covid feststellbaren Probleme und die neuen Anforderungen – Stichwort Resilienz – zukünftig zu meistern.

Gibt es einen Konflikt um Arbeitskraft?

Auf den ersten Blick zeichnet sich für die Jahre bis 2030 somit ein Spannungsverhältnis zwischen Klimaschutz und Daseinsvorsorge ab: Lässt sich nur entweder das Eine oder das Andere leisten, oder aber beides nur halb? All das wäre kaum akzeptabel. Schließlich können weder die Emissionsziele relativiert noch die Daseinsvorsorge beschränkt werden. Angezeigt ist insofern eine konzertierte Herangehensweise, die die Notwendigkeiten beider Handlungsfelder mit dem sich vollziehenden Strukturwandel auf Grund von Digitalisierung oder geänderter Verhaltensweisen übereinbringt. Es gilt, nach Möglichkeiten zu suchen, vorhandene Ressourcen so zu nutzen, dass sowohl Klimaschutz als auch Daseinsvorsorge gesichert werden. Mögliche Ansätze sind mit den Stichworten Synergien und Strukturwandel verbunden.

Synergien

Zunächst sind jenseits der Ressourcenkonflikte auch die Synergien der Bereiche Klimaschutz und Daseinsvorsorge zu betrachten: Global wirkende Klimaschutzmaßnahmen haben positive Folgen für die Gesundheit der Bevölkerung, werden doch extreme Wetterereignisse wie z.B. Hitzewellen weniger wahrscheinlich und die Verbreitung von Krankheitserregern und -überträgern auch in nördlichere

Regionen zumindest verlangsamt. Ausgaben im Bereich Klimaschutz bringen somit Einsparungen im Bereich der Daseinsvorsorge bzw. nicht anfallende Kosten. In einer klimawandelbedingt für den Menschen nicht länger bewohnbaren Welt würden sich Fragen der weiteren Daseinsvorsorge erübrigen.

Anstrengungen im Bereich Erziehung und Bildung können wiederum positive Wirkungen für den Klimaschutz und damit Minderaufwände zeitigen, indem entsprechende Umweltbildung Verhaltensänderungen im Konsum bzw. im Mobilitätsverhalten nach sich zieht. Ab dem Jahr 2021 sind „Umweltschutz und Nachhaltigkeit“ als Standardberufsbildposition in jeder modernisierten oder neuen Ausbildungsordnung nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) und Handwerksordnung (HwO) verankert. Dies fordert nicht nur die Auszubildenden, sondern auch Berufsschullehrer/innen und Ausbilder/innen. Doch nicht nur die hiervon erwartbaren mittelfristigen Effekte sind bedenkenswert. Da Deutschland nur eine geringfügige Ausstattung natürlicher Ressourcen hat, ist die technologische und soziale Innovationsfähigkeit der zentrale Rohstoff. Investitionen in Bildung zahlen auf diesen Rohstoff ein und können langfristig zur Erfindung klimafreundlicher Substitute führen. Bildung ist ein Treiber von Forschung und Innovation im Umweltsektor.

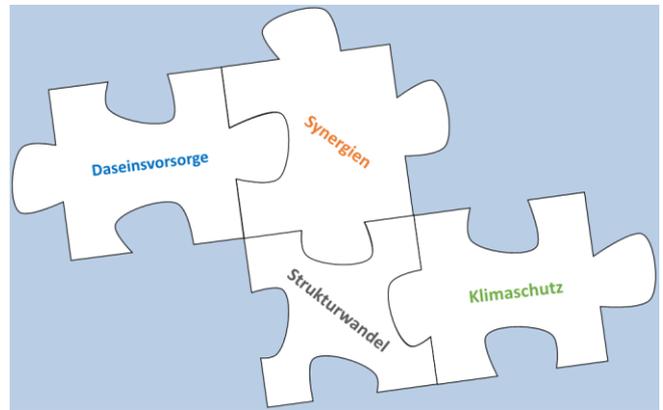
Weiterhin ist die Deckung grundlegender Bedürfnisse überhaupt eine soziale Voraussetzung dafür, dass Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung von einer breiten Mehrheit der Bürger/innen befürwortet und unterstützt werden. Politische Handlungsfähigkeit für Umweltbelange wird ferner durch eine ausreichend ausgestattete Verwaltung begünstigt, etwa um Genehmigungsverfahren für Klimaschutzprojekte (Leitungen, Windparks) zu beschleunigen. Auch und gerade auf der regionalen Ebene sind leistungsfähige und unterstützende Infrastrukturen zu schaffen, denn besonders im lokalen Kontext agieren zivilgesellschaftliche Nachhaltigkeits-Initiativen und vollzieht sich soziale Teilhabe.

„Automatischer“ und „gezielter ökologischer“ Strukturwandel

Ferner ist eine *Reallokation* der vorhandenen Arbeitskräfte in Betracht zu ziehen. Im Verlauf des Strukturwandels – induziert durch Veränderungen von Technik (z.B. Digitalisierung), Handelsströmen (Industriegüterimporte), Lebensweisen (zwei Erwerbstätige im Paar-Haushalt), Arbeitsweisen (Videokonferenzen statt Geschäftsreisen?) oder Konsumgewohnheiten (Biokonsum, Online-Handel) – geschieht es laufend, dass Branchen bzw. Berufsgruppen schrumpfen oder wachsen (Wolter et al. 2021). So hat eine umfassende Automatisierung von Routinetätigkeiten die Belegschaft in der Industrie in den letzten Jahrzehnten stark schrumpfen lassen (ohne dass die

Industrieproduktion sich dabei verringert hätte). Die Erwerbslosigkeit ist in diesem Zeitraum nicht gestiegen, obwohl die Erwerbsneigung stieg. Die freigesetzten Arbeitskräfte haben also neue Beschäftigung gefunden, wofür sie sich teilweise beruflich umorientieren und neu qualifizieren mussten (vgl. BMAS Fachkräftemonitoring 2021). Für die kommenden Jahre und Jahrzehnte wird im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung ein Wegfallen vieler Arbeitsplätze in mittelqualifizierten (Fahrzeugführer, Einzelhandelsverkäufer) und hochqualifizierten (Rechtsbeistände, Finanzberater) Tätigkeiten vorausgesagt (Schneemann et al. 2021). Für die Betroffenen sind neu zu schaffende, attraktive Arbeitsplätze in den Bereichen Klimaschutz und Daseinsvorsorge mehr als wünschbar. So gesehen sähe sich die Gesellschaft weniger mit einem Arbeitskräftemangel als mit einer riesigen Qualifizierungsaufgabe konfrontiert.¹

Die Kanalisierung von Arbeitskräften in gesellschaftlich notwendige und zukunftsträchtige Arbeitsplätze muss also arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitisch gesteuert werden. Eine politische Steuerung kann sich allerdings auch auf die Frage beziehen, welche Branchen Arbeitskräfte abgeben. Neben Innovationen von Produktionstechnik oder im Handel und Konsum können auch politische Rahmensetzungen einen Einfluss darauf ausüben, dass manche Güter und Dienstleistungen nicht nur von einer kleineren Anzahl an Beschäftigten, sondern insgesamt weniger hergestellt werden. Die Perspektive der „gesellschaftlich notwendigen Dienstleistungen“ bzw. der „öffentlichen Güter“ impliziert, dass nicht alle Teile des Wirtschaftslebens gleich wertvoll für individuelle Teilhabe und das Wohlfunktionieren des demokratischen Gemeinwesens sind (Lehweiß-Litzmann et al. 2020). Nicht wenige aktuelle Debatten in der Wissenschaft betonen den Unterschied zwischen relevanten, weniger relevanten und sogar schädlichen Arbeitsplätzen (Foundational Economy Collective 2019). Wenn eingangs gefragt wurde, wie Energieverbrauchs-Sektoren einen Beitrag zur Reduktion von Emissionen leisten könnten, wäre auch das eine mögliche Antwort: Indem die Produktion auf ein Niveau gesenkt wird, welches die Bedarfe immer noch deckt, aber dabei ökologisch nachhaltiger ist als derzeit.



Im weiteren Zusammenhang dieser Ressourcenfragen ist zumal an die staatliche Förderung nachhaltigerer, haltbarer, reparaturfähigerer Produkte zu denken. Initiativen wie das europäische ‚Recht auf Reparatur‘, welches einer herstellerseitig wohlmöglich gewünschten kurzen Lebensdauer heutiger Produkte begegnet, ist hierfür beispielhaft. Mittels verbraucherfreundlicherer Garantie- und Gewährleistungsbedingungen sowie besserer Reparaturfähigkeit von Produkten ließen sich erhebliche Einsparungen an Ressourcen realisieren. Es ist offensichtlich, dass langlebigere Produkte das Klima schonen (Öko-Institut 2016). Eine dementsprechende, gesellschaftliche Rückbesinnung auf die Vermeidung von Verschwendung ist demnach nicht nur eine Tugend, sondern eine zukunftsweisende Praxis. Insgesamt steht es einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung gut an, weniger mit Verboten als mit gut begründeten Anreizen zu operieren, d.h. mit einer Einpreisung der realen ökologischen Kosten in die Produkte der einzelnen Branchen. Wo dies zu sozialen Härten führt, ist ein sozialpolitischer Ausgleich möglich. Ferner ist eine Budgetierung von Umweltverbräuchen pro Bürger/in zu erwägen; ein Handel diesbezüglicher „Zertifikate“ könnte einen eigenen Beitrag zum sozialen Ausgleich leisten.

Die skizzierten Beispiele und Überlegungen zeigen, dass Maßnahmen zu Daseinsvorsorge und Klimaschutz nicht im Konflikt zueinander stehen müssen, wenn ihr Spannungsverhältnis gesellschaftlich und politisch produktiv gestaltet wird. Welche Branchen wachsen, welche schrumpfen sollen, wo Synergien liegen und welche Qualifikationen gebraucht werden, das alles sind Fragen, die noch stärker auf die Agenda der Wirtschafts- und Sozialforschung kommen müssen.

Forschung zu Arbeitskräften als gesellschaftlich wertvolle Ressource

Bei den Handlungsfeldern Klima und Daseinsvorsorge

Entscheidung, die von den mitgebrachten Fähigkeiten der Beschäftigten abhängig gemacht werden muss.

¹ Ob Umschulungen auf Berufe mit Green Economy-Relevanz (Bauer et al. 2021b) ausgerichtet werden oder auf eine Verbesserung der Personalsituation in der Daseinsvorsorge abzielen, ist eine

werden die Herausforderungen in den 2020er-Jahren schnell wachsen. Die Realisierung der hochgesteckten Ziele ist jeweils von den verfügbaren Arbeitskräften, den Arbeitsbedingungen und den beruflichen Flexibilitäten bzw. Einsetzbarkeiten abhängig. Das Projekt GenDis² steht für eine detaillierte Betrachtung von Berufen, Beschäftigten und Arbeitsbedingungen im Bereich der öffentlichen Güter: Welche personellen Ressourcen werden heute und in Zukunft angesichts demografischer und ökonomischer Entwicklungen benötigt? Welche Möglichkeiten zur Beseitigung von personellen Engpässen gibt es angesichts beruflicher Flexibilitäten? Welche Motivation haben Beschäftigte einen Arbeitsplatz in Branchen wie Bildung, Gesundheit oder Verwaltung zu wählen und welche Gründe gibt es für einen Wechsel in andere Branchen oder gar Berufe? (Lehweß-Litzmann et al. 2020)

Dieselben Fragen stellen sich auch für die Branchen und Berufe, die am Umbau der Produktionsweise zur Verminderung der Emissionen mitwirken. Auch hier ist es aussichtsreich, die benötigten Berufe und ihre (potentiellen) Belegschaften genau anzusehen: Fähigkeiten, Motivationslagen und Arbeitsbedingungen erfassen, Schnittmengen wegen gleicher Kompetenzen identifizieren, um dann zusammen mit den Beschäftigten Entwicklungspfade z.B. bei der Berufsberatung zu finden. Aufgrund bestehender Ungewissheiten ist es sinnvoll, in Szenarien zu denken. Verschiedene Wege können zum Ziel führen und diese Wege bedürfen unterschiedlicher Arbeitskräfte.

Es bleibt mit Nachdruck festzuhalten: Fragen des ökologischen Umbaus moderner Volkswirtschaften müssen mit Fragen zukunftsicherer sozialer Daseinsvorsorge zusammen gedacht werden. Beide Ziele vertragen keinen weiteren Aufschub, sollen unumkehrbare ökologische Folgen sowie ein hoher sozialer und wirtschaftlicher Preis vermieden werden. Den Gesellschaftswissenschaften kommt hier in Kooperation mit den Lebens-, Ingenieur- und Naturwissenschaften eine Schlüsselrolle zu.

Literatur

Bauer, S., Lehr, U., Thobe, I., Ulrich, P. & Wolter, M. I. (2021a): Konjunktureller Beitrag des Baugewerbes – in der Corona-Krise und darüber hinaus. Umwelt, Innovation, Beschäftigung 02/2021, Dessau-Roßlau.

Bauer, S., Thobe, I., Wolter, M. I., Zika, G., Röttger, C., Helmrich, R., Schandock, M., Mohaupt, F. & Müller, R. (2021b): Branchen und Berufe für den Übergang in eine Green Economy. Eine aktualisierte Bestandsaufnahme. Umwelt, Innovation, Beschäftigung 03/2021, Dessau-Roßlau.

² <http://www.sofi.uni-goettingen.de/projekte/gesellschaftlich-notwendige-dienstleistungen-sicherstellen-ist-arbeit-am-gemeinwohl-attraktiv-gendis/projektinhalt/>

BMWi (2020): Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Die Nationale Wasserstoffstrategie. https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/die-nationale-wasserstoffstrategie.pdf?__blob=publicationFile&v=20

Bundesregierung (2021): Drucksache 19/30230, Gesetzentwurf der Bundesregierung – Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes. Deutscher Bundestag, 02.06.2021.

BVerfG (2021): Bundesverfassungsgericht, Beschluss des Ersten Senats vom 24. März 2021 - 1 BvR 2656/18, 1 BvR 96/20, 1 BvR 78/20, 1 BvR 288/20, 1 BvR 96/20, 1 BvR 78/20 - Rn. (1 - 270), http://www.bverfg.de/e/rs20210324_1bvr265618.html

Foundational Economy Collective (2019): Die Ökonomie des Alltagslebens: Für eine neue Infrastrukturpolitik. Erste Auflage. Edition Suhrkamp 2732. Berlin: Suhrkamp.

Lehweß-Litzmann, R., Krebs, B., Maier, T., Sonnenburg, A., Thobe, I., Vogel, B. & Wolter, M. I. (2020): „Was sind gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen? Eine konzeptionelle und empirische Eingrenzung. Grundlagen des Projekts GenDis“. SOFI Working Paper. Göttingen: Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI). http://www.sofi-goettingen.de/fileadmin/Rene_Lehweß_Litzmann/Material/WP_2020-20.pdf

Öko-Institut (2016): Fragen und Antworten zu Obsoleszenz. <https://www.oeko.de/oekodoc/2464/2016-003-de.pdf>

Schneemann, C., Zika, G., Kalinowski, M., Maier, T., Krebs, B., Steeg, S., Bernardt, F., Mönning, A., Parton, F., Ulrich, P., Wolter, M. I. (2021): Aktualisierte BMAS-Prognose „Digitalisierte Arbeitswelt“. https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb526-3-aktualisierte-bmas-prognose-digitalisierte-arbeitswelt.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (Stand: 12.07.2021).

Sonnenburg, A., Thobe, I. & Wolter, M. I. (2021): Gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen im Wirtschaftskreislauf. Auswirkungen auf Entgelthöhen und regionale Disparitäten der Beschäftigung. GWS Discussion Paper 2021/2, Osnabrück. <http://www.gws-os.com/discussion-papers/gws-paper21-2.pdf>

Wolter, M. I., Mönning, A., Maier, T., Schneemann, Ch., Steeg, S., Weber, E. & Zika, G. (2021): Langfristige Folgen der Covid-19-Pandemie für Wirtschaft, Branchen und Berufe. IAB-Forschungsbericht 02|2021, Nürnberg, S. 37.

Ansprechpartner:

Dr. René Lehweß-Litzmann
Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI), Friedländer Weg 31
37085 Göttingen
Fon: ++49 (0)551 52205-26
www.sofi.uni-goettingen.de